

Lübecks Wirtschaft fordert eine starke Uni

VON SEBASTIAN PREY

Mit Zurückhaltung wird die vom Wissenschaftsministerium angestrebte Teilprivatisierung des Uniklinikums von der hiesigen Wirtschaft bewertet. Tenor: Alles, was den Uni-Standort stärkt, ist zu begrüßen.

Welf Böttcher, Unternehmenssprecher bei Dräger: „Für uns ist es extrem wichtig, ein leistungsfähiges Uni-Klinikum in Lübeck zu haben.“ Welches Modell dafür am besten geeignet sei, könne man aus der Ferne nicht beurteilen. Böttcher: „Wir sind für alles offen.“ Das Unternehmen Dräger habe aus mehrfacher Hinsicht ein großes Interesse an einer wettbewerbsfähigen Uni-Klinik. „Die Uni ist ein guter Kunde, bildet Mitarbeiter aus und ist für die Patientenversorgung verantwortlich“, so Böttcher, der sich für ein nachhaltiges Umstrukturierungsmodell ausspricht. Nach den Plänen von Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) soll das finanziell angeschlagene UKSH zu bis zu 50 Prozent an private Investoren veräußert werden. Er beruft sich dabei auf ein Gutachten der Münchner Beratungsfirma, die vorschlägt, dass das Land die Stimmenmehrheit bei Forschung und Lehre behält und Private die Mehrheit bei der Krankenversorgung. Unter dem Dach einer Holding sollen dann die Kliniken in Kiel und Lübeck geführt werden. Hans-Peter Beuthien, Geschäftsführer der Lübecker Sana-Klinik, verfolgt mit großem Interesse die Dis-

kussion und die Entwicklung an der Uni-Klinik. „Wir teilen uns die Gesamtversorgung und kooperieren auch in anderen Bereichen. Entsprechend wären wir von Veränderungen auch betroffen. Doch bislang gibt es ja nur eine politische Idee“, so Beuthien. Einen Lösungsvorschlag habe er nicht. Dafür sei das Thema mit Kiel, Lübeck, Forschung und Lehre und Grundversorgung viel zu komplex. Nur mit einer Privatisierung werde sich die Situation insgesamt nicht verbessern. Strukturelle Probleme würden auch dadurch nicht gelöst. „Wenn Teilelemente nicht doppelt vorgehalten werden müssen, machen weitere Kooperationen Sinn.“

Raimund Mildner, Geschäftsführer Technikzentrum Lübeck (TZL): „Die Zukunft der Uni-Klinik ist für den Wirtschaftsstandort Lübeck von besonderer Bedeutung.“ Bürgermeister und auch die IHK sollten als Vertreter der standortpolitischen Interessen bei der Entscheidungsfindung mitgehört werden, empfiehlt Mildner. „Wichtig ist, dass keine politische, sondern eine sachgerechte Entscheidung getroffen wird“, so Mildner, der auf das Wissen der Uni-Rektoren sowie des UKSH-Vorstands baut.

Unterdessen fordert die Grünen-Landtagsfraktion, die Teilprivatisierung vorerst zu stoppen. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Angelika Birk: „Ein Verkauf bei der momentanen Wertberechnung würde für das Land einen hohen Verlust bedeuten.“